Note du Cerfa 123

Der Review 2014: Grundpfeiler deutscher Außenpolitik und weltweite Erwartungen

Annegret Bendiek

Mai 2015

Comité d'études des relations franco-allemandes

ifri

Das Französische Institut für Internationale Beziehungen (Ifri) ist in Frankreich das wichtigste unabhängige Forschungszentrum, das über groβe internationale Fragen informiert und diskutiert. Von Thierry de Montbrial im Jahr 1979 gegründet, ist das IFRI als gemeinnütziger Verein anerkannt (Gesetz des Jahres 1901). Es ordnet sich keiner Amtsvormundschaft unter, legt nach eigenem Ermessen seine Aktivitäten fest und publiziert regelmäßig seine Berichte.

Durch seine Studien und Debatten, die interdisziplinär angelegt sind, bringt das Ifri Politiker, Wirtschaftswissenschaftler, Forscher und Experten auf internationaler Ebene zusammen.
Mit seinem zweiten Büro in Brüssel (Ifri-Bruxelles) positioniert sich das Ifri als eines der wenigen französischen *think tanks* im Kern der europäischen Debatte.

Die Verantwortung für die im weiteren Text geäußerten Standpunkte trägt die Autorin.

Diese „Note du Cerfa“ wird im Rahmen des „Deutsch-französischen Zukunftsdialogs“ veröffentlicht. Der „Deutsch-französische Zukunftsdialog“ ist ein Projekt des Studienkomitees für deutsch-französische Beziehungen (Cerfa) des Institut français des relations internationales, der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik und der

Robert Bosch Stiftung

Die Aktivitäten des Cerfa (Forschung, Editing und Publikationen) werden von dem Referat Frankreich des Auswärtigen Amtes und dem Planungsstab des Ministère des Affaires étrangères et du Développement international gefördert.

Liberté • Égalité • Fraternité
RÉPUBLIQUE FRANÇAISE
MINISTÈRE DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES ET DU DÉVELOPPEMENT INTERNATIONAL

Auswärtiges Amt

Herausgeber: Dr. Barbara Kunz, Prof. Dr. Hans Stark

ISBN : 978-2-36567-396-9
© Tous droits réservés, Ifri, 2015

Ifri
27, rue de la Procession
75740 Paris Cedex 15 – FRANCE
Tél. : +33 (0)1 40 61 60 00
Fax : +33 (0)1 40 61 60 60
Email : accueil@ifri.org

Ifri-Bruxelles
Rue Marie-Thérèse, 21
1000 – Bruxelles – BELGIQUE
Tél. : +32 (0)2 238 51 10
Fax : +32 (0)2 238 51 15
Email : bruxelles@ifri.org

Website : Ifri.org

Die Autorin

Annegret Bendiek ist Wissenschaftlerin in der Forschungsgruppe „EU/Europa“ bei der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Von April bis Oktober 2014 war sie im Planungsstab des Auswärtigen Amtes tätig.

© Ifri

Zusammenfassung

Die deutsche Außenpolitik sieht sich heute einer ganzen Reihe grundlegender Herausforderungen gegenüber. Das größer gewordene und ökonomisch wiedererstarkte Deutschland kann und darf sich mit seiner ehemaligen Rolle als politischer Juniorpartner Frankreichs in Europa und der USA in der Welt nicht länger zufrieden geben. Berlin ist gleichzeitig allerdings sowohl strategisch als auch konzeptionell nur sehr bedingt auf die Übernahme einer neuen Rolle vorbereitet. Weder in der deutschen Politik noch in den Medien und schon gar nicht in der deutschen Gesellschaft gibt es klare Vorstellungen darüber, was die deutschen Interessen in Europa und der Welt jenseits der Beförderung von Frieden und Gerechtigkeit sein sollten.

Dieser unbefriedigende Zustand ist der Politik nicht entgangen. Als eine der ersten Maßnahme seiner neuen, zweiten Amtszeit kündigte Außenminister Steinmeier 2013 eine „Selbstverständigung über die Perspektiven deutscher Außenpolitik“ (Steinmeier 2013) an, die ihre Umsetzung in dem Projekt „Review 2014 – Außenpolitik Weiter Denken“ fand.

Die Debatte um Deutschlands zukünftige Außen- und Sicherheitspolitik hat indes gerade erst begonnen. Die *Review* hat sie mit Sicherheit nicht beendet, sondern stellt lediglich eine Momentaufnahme in einem längeren Prozess des Herauswachsens Deutschlands aus seiner Nachkriegsrolle als europäischer Juniorpartner Frankreichs und internationaler Juniorpartner der USA dar. Der *Review* selbst kann nur begrenzt eine Antwort auf die Frage geben, in welche Richtung sich diese Neuorientierung entwickeln und wie weit sie gehen soll.

© Ifri

Executive Summary

German foreign policy is today confronted with a number of fundamental challenges. The country has become larger and has again become strong economically and must no longer content itself with its former role as France's political junior partner in Europe or the United States' junior partner in the world. At the same time, Berlin is far from being fully prepared for taking over this new role – deficits are both strategic and conceptual. Neither the political class nor the media, not to mention the German society, holds concise ideas about German interests in Europe and the world beyond the promotion of peace and justice.

Germany's political class has not failed to take note of this unsatisfactory situation. As one of the first measures of his new and second term in office, foreign minister Steinmeier announced in 2013 the „self-reflection on the perspectives of German foreign policy " (Steinmeier 2013), which was translated into the „Review 2014 – Außenpolitik Weiter Denken" project.

The debate on Germany's future foreign and security policy has, however, only just begun. The *Review* did certainly not end it, but represents merely a snapshot of the longer process during which the country will outgrow its postwar role as France's and the United States' junior partner. The Review itself can only in a limited way provide an answer to the question of in which direction this reorientation should happen and how far it should go.

© Ifri

Inhaltsverzeichnis

EINLEITUNG 5

DEUTSCHLAND „IN UND DURCH EUROPA“ 8

TRANSATLANTISCHE BINDUNG VERSUS ÖFFNUNG ZU DEN GESTALTUNGSMÄCHTEN 11

ZIVILE SELBSTBEZOGENHEIT VERSUS WELTINNENPOLITIK GESTALTEN 13

DEUTSCHLAND BRAUCHT EINE STRATEGIE 15

NOTES DU CERFA 22

DAS CERFA 23

© Ifri

Einleitung

Die deutsche Außenpolitik sieht sich heute einer ganzen Reihe grundlegender Herausforderungen gegenüber. Das größer gewordene und ökonomisch wiedererstarkte Deutschland kann und darf sich mit seiner ehemaligen Rolle als politischer Juniorpartner Frankreichs in Europa und der USA in der Welt nicht länger zufrieden geben. Deutschland hat aufgrund seiner gestiegenen politischen und ökonomischen Bedeutung eine sehr viel weiter reichende Verantwortung für die Bearbeitung europäischer und internationaler Krisen als noch vor zwanzig Jahren. Deutschland ist gleichzeitig allerdings sowohl strategisch als auch konzeptionell nur sehr bedingt auf die Übernahme dieser neuen Rolle vorbereitet. Weder in der deutschen Politik noch in den Medien und schon gar nicht in der deutschen Gesellschaft gibt es klare Vorstellungen darüber, was die deutschen Interessen in Europa und der Welt jenseits der Beförderung von Frieden und Gerechtigkeit sein sollten. Das alleine ist aber bei weitem nicht genug, um deutsche Politiken gegenüber dem Nahen Osten, der Bewältigung der europäischen Finanzkrise oder gegenüber den digitalen Herausforderungen abzuleiten. Ad-hoc-Politiken und kurzatmiges Krisenmanagement dominierten die deutsche Außenpolitik in der Vergangenheit daher viel zu häufig.

Dieser unbefriedigende Zustand ist der Politik nicht entgangen. Als eine der ersten Maßnahme seiner neuen, zweiten Amtszeit kündigte Außenminister Steinmeier 2013 eine „Selbstverständigung über die Perspektiven deutscher Außenpolitik“ (Steinmeier 2013) an, die ihre Umsetzung in dem Projekt „Review 2014 – Außenpolitik Weiter Denken“ fand. Dieser Initiative ging die vom German Marshall Fund und der Stiftung Wissenschaft und Politik angeregte Fachdiskussion „Neue Macht, neue Verantwortung“ voraus (Stiftung Wissenschaft und Politik & German Marshall Fund of the United States 2013). Um den einjährigen Prozess konzeptionell zu unterfüttern, setzte der Bundesaußenminister einen Berater ein, den ehemaligen Direktor der SWP, Christoph Bertram. Bei der *Review* ging es dann auch, wie Steinmeier formulierte:

> *„um etwas sehr viel Grundsätzlicheres: Wir brauchen heute einen erwachsenen, aufgeklärten Diskurs über den institutionellen Rahmen, in dem sich unser außenpolitisches Handeln bewegen soll, über das Maß an Verantwortung, das wir in den nächsten 10, 20 Jahren schultern können, aber auch darüber, wo die Grenzen unserer Leistungsfähigkeit sind. Und ich will das ganz bewusst nicht als klassischen innerministeriellen Prozess*

© Ifri

> *anlegen, sondern als Dialog des Auswärtigen Amtes mit den wichtigsten außen- und sicherheitspolitischen Stakeholdern unter Einschluss der Zivilgesellschaft" (Steinmeier 2013).*

Diese Steinmeier-Initiative war Bestandteil eines breiter angelegten Versuches, das konzeptionelle und strategische Defizit Deutschlands zu überwinden. Neben dem Außenminister traten auch Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen sowie Bundespräsident Gauck auf der Münchener Sicherheitskonferenz Anfang Februar 2014 mit Appellen an die Öffentlichkeit, die neue Verantwortung Deutschlands ernst zu nehmen und sich grundlegende Gedanken über Deutschlands Rolle in Europa und der Welt zu machen:

> *„Tun wir, was wir tun könnten, um unsere Nachbarschaft zu stabilisieren, im Osten wie in Afrika? Tun wir, was wir tun müssten, um den Gefahren des Terrorismus zu begegnen? Und wenn wir überzeugende Gründe dafür gefunden haben, uns zusammen mit unseren Verbündeten auch militärisch zu engagieren, sind wir dann bereit, die Risiken fair mit ihnen zu teilen? Tun wir, was wir sollten, um neue oder wiedererstarkte Großmächte für die gerechte Fortentwicklung der internationalen Ordnung zu gewinnen? Ja, interessieren wir uns überhaupt für manche Weltgegenden so, wie es die Bedeutung dieser Länder verlangt? Welche Rolle wollen wir in den Krisen ferner Weltregionen spielen? Engagieren wir uns schon ausreichend dort, wo die Bundesrepublik eigene und eigens Kompetenz entwickelt hat – nämlich bei der Prävention von Konflikten?" (Gauck 2014).*

Allen Reden war ein Motiv gemein, nämlich vor dem internationalen Publikum der Konferenz und ihrer breiten medialen Wirkung, die Bereitschaft für ein stärkeres außenpolitisches Engagement der Deutschen anzukündigen. Gleichlautend kündigten Präsident und Außenminister an, die Bundesrepublik müsse sich „früher, entschiedener und substantieller" (Gauck 2014; Steinmeier 2014b) bei internationalen Herausforderungen einbringen. Auch deshalb lobte der Präsident darin ausdrücklich die *Review*-Pläne des Außenministers.

> *„Das wäre ein Schritt auf dem Weg zu einer neuen gesellschaftlichen Selbstverständigung. Das Gespräch darüber, wo, wie und wann wir unsere Werte und unsere Sicherheit verteidigen wollen, führt uns zu mehr Klarheit über Maß und Ziel von Deutschlands internationalem Engagement" (Gauck 2014).*

Der Prozess der Suche nach neuer außen- und sicherheitspolitischer Orientierung wurde in drei Phasen konzipiert, von der vor allem die erste viel Anerkennung in der internationalen Öffentlichkeit (vgl. The New York Times, Handelsblatt) fand. Nicht nationale Interessen, sondern die Perspektiven und Bewertungen der internationalen Gemeinschaft sollten im Mittelpunkt stehen. Hierzu

© Ifri

wurden 57 Autorinnen und Autoren aus 26 Ländern mit zwei bewusst zugespitzten Fragen befasst: “Was, wenn überhaupt, ist falsch an der deutschen Außenpolitik? Und was, wenn überhaupt, muss daran geändert werden?“ (Steinmeier 2014a). Die Antworten wurden sämtlich auf der Internetseite der *Review* – <www.review2014.de> – veröffentlicht und haben dort den Anstoß zu einer intensiven Debatte gegeben. Auch in der zweiten Phase des Prozesses stand das Bemühen um Einbindung möglichst weiter Kreise im Vordergrund. Verantwortliche des Auswärtigen Amtes (AA) stellten sich in über 60 Bürgergesprächen, Podiumsdebatten, Konferenzen und Simulations-Workshops bundesweit dem kritischen Gespräch über aktuelle außenpolitische Themen. In der dritten Phase schließlich – der einzigen, die nicht öffentlich war – reflektierten die Mitarbeiter des Auswärtigen Dienstes darüber, wieweit die Veränderungen auf der internationalen Bühne neue Ansätze für ihre Tätigkeit anraten ließen.

Das deutsche Vorgehen einer breiten Öffnung des Prozesses der Neuformulierung einer strategischen Ausrichtung deutscher Außen- und Sicherheitspolitik ist aus der deutschen Vergangenheit gut verstehbar. Nationale Interessenpolitik ist nach wie vor ein Begriff, der für die meisten deutschen Politiker tabu ist und der auch in der wissenschaftlichen Debatte auf wenig Unterstützung stoßen würde. Deutschland ist seit 1945 fest darauf konditioniert, seine Interessen als identisch mit Europa zu verstehen und die feste Einbindung in die EU und die NATO als unhintergehbare Grundkoordinaten jeglicher Außen- und Sicherheitspolitik zu verstehen. Gleichzeitig ist es aber auch evident, dass sich eine überzeugende Außen- und Sicherheitspolitische Strategie letztlich nur aus nationalen Interessen ableiten lässt, auch wenn diese aufs engste mit Europa und der NATO verbunden sind. Der ganze Review-Prozess ist daher zu einem guten Maß als Produkt eines Eiertanzes zwischen der Suche nach deutschen Interessen und der Zögerlichkeit, genau dieses auch so zu benennen, zu verstehen. Die (internationale Fach-) Öffentlichkeit sollte das formulieren, was man sich selbst zu sagen scheute.

Diese Erwartungen wurden allerdings nur teilweise erfüllt. Die zentralen Aussagen der internationalen Fachöffentlichkeit lassen sich in einer klaren Botschaft und zwei von der deutschen Politik eigenständig auszufüllenden Spannungsfeldern zusammenfassen.

© Ifri

Deutschland „in und durch Europa“

„Deutschland in und durch Europa“ ist nicht nur zu einer diplomatischen Floskel geworden, die mittlerweile in vielen Reden des Außenministers zu finden ist; es ist *das* einhellige Petitum, das aus der ganz überwiegenden Zahl der Beiträge spricht. Deutschland soll erstens eine stärkere Führungsrolle spielen. Diese Betonung Deutschlands ist gleichzeitig – und das ist zweite wichtige Botschaft – eingebettet in den Wunsch nach einem stärkeren europapolitischen Engagement. Unbeantwortet ist nach wie vor, ob der Wunsch nach mehr Deutschland auch die Bereitschaft beinhaltet, eine nachdrücklicher vertretene deutsche Interessenpolitik zu akzeptieren oder ob das Mehr letztlich nur auf höhere finanzielle und logistische Beiträge bezogen ist.

Deutschland erscheint den allermeisten Autoren zumeist als ein Erfolgsmodell mit einer „klugen, besonnenen und verantwortungsbewussten Außenpolitik“ (Annan 2014, vgl. auch Müller 2014), das „ein Stützpfeiler des multilateralen Staatensystems und ein mustergültiges Mitglied der Weltgemeinschaft“ (Annan 2014) geworden ist. Ebenfalls fast alle Autoren äußern Bedauern und Unverständnis demgegenüber, dass sich Deutschland zu zögerlich verhalte und seine Potentiale zu wenig einsetze (Chellaney 2014, Shikwati 2014). Deutschland gilt als konsolidierte Demokratie mit einer stabilen Werteorientierung (Moridian 2014), einer starken Ökonomie und einem allerdings zu schwach ausgeprägten internationalen Bewusstsein (Mahbubani 2014, Annan 2014, Arbour 2014). Die wesentliche Kritik an Deutschland lautet, dass es sich zu sehr auf seine eigenen Interessen beschränke, zu wenig Gestaltungsbewusstsein habe und zu sehr auf die Verfolgung ökonomischer Anliegen, der „Ökonomisierung der deutschen Außenpolitik“ (Swieboda 2014) ausgerichtet sei.

Besonders deutlich wird diese Kritik in Bezug auf die deutsche Europapolitik formuliert (Ash 2014, Schwarzer 2014). Die deutsche Europapolitik gilt als von kurzfristigen Interessen geprägt und als hinreichenden strategischen Gestaltungswillen vermissend (Tocci 2014). Ohne eine stärkere Führung Europas durch Deutschland als „weiche Kraft“ (Sidiropoulos 2014) bzw. als „Mustereuropäer“ (Techau 2014) (in jedem Fall zusammen mit Frankreich) drohe der Integrationsprozess an Dynamik zu verlieren und Europa vor den wesentlichen Herausforderungen zu versagen:

© Ifri

> *„Wie auch immer man das Zentrum der EU bestimmt: als deutsch-französische Achse, als Weimarer Dreieck oder als Zusammenspiel von Berlin, Paris und London – keine dieser Formeln für das Entscheidungszentrum der EU ist ohne den Einbezug Deutschlands möglich“ (Münkler 2014).*

Umstritten ist hier allerdings die Frage, ob Deutschland einen eigenen Weg gehen sollte, wenn es in seinen politischen Überzeugungen von seinen europäischen Verbündeten abweicht. Während Garton Ash, Sir Lawrence Freedman, Charles Grant und Louise Arbour etwa die Entscheidung Deutschlands, sich bei der Libyen-Resolution des VN-Sicherheitsrates zu enthalten, scharf kritisieren (Ash 2014, Freedman 2014, Grant 2014, Arbour 2014), loben deutsche Friedensforscher wie Harald Müller und viele asiatische Autoren (Müller 2014, asiatische Autoren) die hier zum Ausdruck kommende außenpolitische Zurückhaltung.

Die chinesische Außensicht hält ein geeintes und weltpolitisch aktiver auftretendes Europa für wichtig und Deutschlands Führungsrolle in diesem Prozess für unumgänglich:

> *„Germany needs to have the courage to forge a pioneer group within the EU, further deepening the integration process within and meanwhile forming common positions and actions on international issues. […] The only realist approach would be allowing some countries to go first, the rest could catch up later on if they want” (Zhongping 2014).*

Zu den wichtigsten politischen Herausforderungen in diesem Prozess werden neben der Finanzkrise auch die China- und Russlandpolitik gezählt. Sollte es Europa (unter deutscher Führung) nicht schaffen, hier einheitlich aufzutreten, drohe die Gefahr, dass die Mitgliedstaaten von China und Russland gegeneinander ausgespielt würden (Grant 2014, Godement 2014, Heilmann 2014).

Die weit geteilte Wertschätzung gegenüber der deutschen Europapolitik und der Wunsch nach mehr Deutschland in und durch Europa sind zwar einerseits außerordentlich begrüßenswert. Sie dürfen andererseits aber auch nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie auf wichtige Fragen von grundlegender strategischer Bedeutung keine Antwort geben. Zu diesen Fragen gehören zuerst einmal diejenige nach dem anzustrebenden Verhältnis zwischen transatlantischer Bindung einerseits und der Öffnung Deutschlands für andere Mächte wie Indien, China oder Brasilien. Sollte Deutschland den USA in allen globalpolitischen Fragen unbedingt verbunden bleiben? Und sollte die Anerkennung der zentralen Rolle der USA für den Frieden in Europa im Zweifelsfall auch dazu führen, dass eigenständige deutsche Interesse gegenüber diesen Mächten zurückgestellt werden? Oder ist es für Deutschland angemessen, derartige Entscheidungen jeweils im Einzelfall zu treffen und die transatlantische Partnerschaft nur als eine Dimension deutscher Außen- und Sicherheitspolitik zu verstehen?

© Ifri

Nicht weniger dringend ist es, eine Antwort auf die Frage zu finden, wie sehr sich Deutschland in der Welt engagieren sollte. Die letzten fünf Dekaden deutscher Außen- und Sicherheitspolitik waren im Kern davon geprägt, selbst so wenig wie möglich in Erscheinung zu treten und wenn doch, dann nur in Zusammenhang mit den Verbündeten und möglichst nur dann, wenn es um innenpolitisch vergleichsweise wenig kontroverse Dinge wie Umwelt- oder Menschenrechtspolitik ging. Aber kann das alles sein? Muss Deutschland nicht auch eine klare Position dazu haben, in welcher Welt es leben will und was für Instrumente es dann bereit ist einzusetzen, wenn sich andere Staaten dieser Idee entgegen stellen? Müsste Deutschland nicht eine strategisch begründete Antwort auf die Frage haben, wann es bereit wäre, etwa für die Menschenrechte in anderen Staaten in den Krieg zu ziehen?

© Ifri

Transatlantische Bindung versus Öffnung zu den Gestaltungsmächten

Die internationalen Antworten zu der ersten Frage nach dem Verhältnis von transatlantischer Bindung und der Öffnung zu den sogenannten Gestaltungsmächten wird in vielen Kommentaren im Kontext der Debatte über die Akzeptanz einer US-amerikanischen Führung behandelt. Eine ganze Reihe von Stimmen erwartet von Deutschland ein selbstbewussteres Auftreten mit einem eigenständigeren außenpolitischen Profil. Mahbubani spricht der EU gar die Rolle zu, „Amerika zu multilateralisieren“ und „Russland zu europäisieren“ (Mahbubani 2014). Annan sieht in Deutschland und Europa einen Vorreiter globaler Klimapolitik, der sich geeint gegen die USA durchzusetzen versuchen sollte. Deutschland wird als potenzielle Brücke zwischen dem industrialisierten Norden und dem „aufstrebenden Süden“ gesehen und teile eine ganze Reihe von Interessen mit Staaten wie Indien, Brasilien, Japan, Südafrika und Nigeria (Adebajo &Virk 2014). Die deutsche Russlandpolitik dürfe nicht nur aus dem Konflikt über die Krim verstanden werden, sondern müsse sich „in eine umfassendere Eurasien-Strategie einfügen, die auch Länder wie China, Indien, und wichtige eurasische Akteure wie die Türkei und den Iran einbezieht“ (Trenin 2014, vgl. auch Godement 2014). Gegen eine automatische Anbindung Deutschlands an die USA argumentieren auch Friedensforscher wie Harald Müller. Deutschlands außenpolitische „Zurückhaltung sei ein guter Leitgedanke“, der in der Vergangenheit viel Schaden vermieden habe. Die Nichtbeteiligung am zweiten Irakkrieg sowie die Enthaltung in der Libyen-Resolution des Sicherheitsrates haben sich längerfristig als richtig erwiesen (Müller 2014).

Auf der anderen Seite finden sich allerdings auch Stimmen, die nachdrücklich davor warnen, die transatlantische Bindung zu gefährden und aktuelle Differenzen wie über die NSA oder die Israel-Politik über zu bewerten (Krause 2014). Die Westbindung gilt manchen als „die zentrale politische und strategische Schicksalsfrage für Europa“ und sollte durch steigende Militärausgaben im Rahmen der NATO deutlich gemacht werden. Allen „Neutralitäts- und Äquidistanz-Träumen“ wird hingegen eine klare Absage erteilt (Techau 2014). „The US, working through NATO, is the principal cause of peace in Europe, not the EU” (Mearsheimer 2014). Ganz ähnlich ist auch für Wolffsohn die Bindung an die USA eine

© Ifri

existentielle Frage: „Ohne die USA keine NATO, kein Schutz“ (Wolffsohn 2014). Auch eine klare Unterstützung von TTIP wird in diesem Kontext eingefordert (Ash 2014, Kerber 2014). Hier scheint es in Zukunft ebenfalls nötig zu sein, noch klarer zu bestimmen, mit welchen Staaten Deutschland „strategische Partnerschaften“ einzugehen beabsichtigt und wo bloße „Interessengemeinschaften“ bestehen (Stein & Tempel 2014). Strategische Partnerschaften sind auf Langfristigkeit angelegt und sollten deshalb auf Staaten wie die USA und die anderen europäischen Mitgliedstaaten begrenzt bleiben, die ein ähnliches Wertefundament besitzen. „Interessengemeinschaften“ können hingegen sehr viel weiter gezogen werden und sich auf die Umsetzung bestimmter Politiken wie die Bekämpfung des Klimawandels oder den Ausbau der Handelsbeziehungen beschränken.

Diese Uneinigkeit der internationalen Kommentatoren bezüglich der angemessenen Positionierung Deutschlands zwischen Transatlantik und dem Rest der Welt findet sich ganz ähnlich auch in der breiten (deutschen) Öffentlichkeit und in der deutschen Parteienlandschaft. Auch hier finden sich sowohl Vertreter der einen als auch der anderen Position. Die Öffnung der Debatte hat daher auch im besten Fall zu einem uneinheitlichen Bild geführt. Anders ausgedrückt: der Ball ist wieder zurück im Feld der Politik, die gefordert ist, deutsche Interesse zu benennen und einen eigenen Vorschlag dafür zu entwickeln, wie diese sich in eine Auskleidung des beschriebenen Spannungsfeldes übersetzen.

© Ifri

Zivile Selbstbezogenheit versus Weltinnenpolitik gestalten

Sehr viel einheitlicher ist die Meinung der außenpolitischen Experten zu der Frage nach dem Ausmaß wünschenswerten Engagements Deutschlands in der Welt. Durch die Bank findet sich die Position, dass Deutschland sich stärker engagieren sollte und dass es einen wichtigen Beitrag für die Lösung vieler Konflikte leisten kann. Die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit, die Versöhnung mit dem ehemaligen Erbfeind Frankreich und die Gestaltung der europäischen Integration gelten als Erfolgsmodelle, von denen andere Länder und Weltregionen lernen können. Deutschland sollte seine Entwicklungshilfe auf 0,7% des BIP anheben und seine Verwendung auf solche Bereiche konzentrieren, die seine historische Erfahrung widerspiegeln. Ein stärkerer Einsatz für den Internationalen Strafgerichtshof wird genauso reklamiert wie mehr Engagement zur Reform des VN-Sicherheitsrats. Die „Triade der Rechtsstaatlichkeit" – Polizei, Justiz und Strafvollzug könnte zu einem deutschen Markenzeichen im internationalen Konfliktmanagement werden (Wieland-Karimi 2014, ähnlich Arbour 2014). So soll Deutschland die Schaffung einer Afrikanischen Eingreiftruppe (ASF) unter dem Oberkommando der Vereinten Nationen unterstützen (Adebajo & Virk 2014, Annan 2014), das Prinzip der Schutzverantwortung stärken (Annan 2014, Tocci 2014) und in der globalen Klimapolitik seinen hohen technologischen Wissenstand in Bezug auf regenerative Energien international nutzbar machen lassen, um sich auch auf politischer Ebene für eine zügige Beschlussfassung und Umsetzung anspruchsvoller Klimaziele einzusetzen. Dies setze aber voraus, dass Deutschland seine eigenen internationalen Verpflichtungen bei der Umsetzung klimapolitischer Ziele aber auch bei Anti-Korruptionsmaßnahmen auch innenpolitisch umsetzt.

Die Stabilisierung der europäischen Nachbarschaft wird als vordringlich erachtet. Während die Krimkrise und das Umgehen mit Russland ganz im Zeichen der globalen Konfliktkonfiguration interpretiert (so besonders deutlich Mearsheimer 2014) und entsprechend sehr unterschiedliche Antworten – bis hin zur Neuauflage der EU-Erweiterungspolitik (Tocci 2014, Keyman 2014) – erfährt, gilt die Stabilisierung des Südens durchweg als eine Frage des verstärkten ökonomischen Engagement und der Öffnung europäischer Märkte für Waren und Personen (Shikwati 2014, Sidiropoulos 2014). Die Abschaffung von Ausfuhrerstattungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse wird hier ebenso eingefordert

© Ifri

(Adebajo & Virk 2014) wie die Unterstützung so genannter subregionaler Säulen wie Nigeria, Südafrika, Kenia und Algerien. Die deutsche Abhängigkeit von Erdgasimporten aus Russland solle durch die Einfuhr von mehr Erdgas aus Algerien und Nigeria verringert werden und ganz generell eine „präventive Stabilisierungspolitik in der europäischen Peripherie“ (Münkler 2014, so auch Stein & Tempel 2014) befördert werden, um Flüchtlingsströme, wirtschaftliches Elend und umfassende Perspektivlosigkeit zu bekämpfen. In allen diesen Bereichen habe Deutschland eine anerkannte moralische Stimme, die viel zu häufig hierzu innenpolitisch schweige und seinem ökonomischen Schwergewicht nicht entspräche.

In scharfem Gegensatz zu der einhelligen Meinung der außenpolitischen Experten präferiert die deutsche öffentliche Meinung eine sehr viel zurückhaltendere Rolle Deutschlands in der Welt. Einer 2014 erschienenen Studie der Körber-Stiftung zufolge sprechen sich nur 37 Prozent aller Deutschen für eine stärkere Rolle Deutschlands in der Welt aus. 60 Prozent waren hingegen der Ansicht, dass Deutschland sich „weiterhin zurückhalten sollte“. Diese ablehnende Rolle eines stärkeren Engagements lässt sich zudem nicht auf die Anhänger einzelner Parteien beschränken, sondern zieht sich quer durch das gesamte politische Spektrum. Als wichtige Bereiche außenpolitischen Engagements werden an erster Stelle „humanitäre Hilfe“ und „diplomatische Verhandlungen“ genannt während die Aufnahme von Flüchtlingen von nur noch der Hälfte aller Befragten unterstützt wird. Militärische Einsätze und sogar Waffenlieferungen an verbündete Staaten werden sogar nur noch von 13 Prozent aller Befragten unterstützt. Insgesamt ergibt sich hier das Bild eines offenen Widerspruches zwischen dem, was die Experten für angemessen und richtig halten und dem, was die deutsche Öffentlichkeit einfordert. Auch hier ist die Politik noch sehr viel stärker gefragt, ihrer meinungsbildenden Funktion nachzukommen und auch vor der Thematisierung kontroverser Gegenstände nicht zurück zu scheuen.

© Ifri

Deutschland braucht eine Strategie

Die Debatte um Deutschlands zukünftige Außen- und Sicherheitspolitik hat gerade erst begonnen. Die *Review* hat sie mit Sicherheit nicht beendet, sondern stellt lediglich eine Momentaufnahme in einem längeren Prozess des Herauswachsens Deutschlands aus seiner Nachkriegsrolle als europäischer Juniorpartner Frankreichs und internationaler Juniorpartner der USA dar. Die *Review* selbst kann nur begrenzt eine Antwort auf die Frage geben, in welche Richtung sich diese Neuorientierung entwickeln und wie weit sie gehen soll. Internationale Expertenmeinung, Politik und Öffentlichkeit sind sich letztlich lediglich dahingehend einig, dass Deutschland sich in Europa stärker engagieren sollte. Bereits bei der Frage nach den angemessenen Mitteln und Ressourcen, die hierbei einzusetzen sind, fängt die Uneinigkeit an. Während die internationalen Experten von Deutschland letztlich auch den Einsatz größerer Finanzmittel erwarten, beginnt die deutsche Öffentlichkeit inklusive des Bundestages und des Bundesverfassungsgerichtes hier bereits, sich zu sträuben. Noch gravierender treten die Meinungen bei der Frage nach der Gewichtung der transatlantischen Kooperation auf der einen Seite und der Orientierung hin zum Rest der Welt auf der anderen Seite auseinander. Und zwischen internationalen Experten und deutscher Öffentlichkeit findet sich letztlich so gut wie gar keine Übereinstimmung mehr, wenn es um die angemessene Rolle Deutschlands in der Welt geht.

In allen diesen Fragen ist politische Führung gefordert. Die Politik kann und darf sich nicht hinter öffentlichen Anhörungen, Umfragen und Expertenmeinungen verstecken, sondern muss eigenständig Farbe bekennen und Position beziehen. Es gilt grundlegende ethische Werte einer zukünftigen Außen- und Sicherheitspolitik zu benennen und hiervon politische Leitlinien abzuleiten. Die transatlantische Kooperation, die europäische Einigung und die Zusammenarbeit mit dem Rest der Welt sind nicht länger als eigenständige Glaubensbekenntnisse zu betrachten, sondern sollten der Verfolgung identifizierter ethischer Grundpositionen nachgeordnet werden. Nur so werden sie sich in ihrer Bedeutung ausweisen lassen und nur so werden auftretende Konflikte zwischen einzelnen Politiken auf nachvollziehbare Weise gelöst werden können. Entscheidungen wie etwa diejenige, die Alliierten bei der Intervention in Libyen nicht zu unterstützen, sind nur dann im Mittelpunkt der Kritik, wenn sie als politische Solitäre in einem strategischen Vakuum gefällt werden. Eingebunden in eine ethisch ausgewiesene und internationale verantwortliche außen- und

© Ifri

sicherheitspolitische Strategie werden sie hingegen für unsere Partner nachvollzieh- und damit auch verstehbar. Das Gleiche gilt für die Finanzmittel, die für eine Stabilisierung der Eurozone aufzubringen sind. Aktuell ist kaum objektiv begründbar, ob und wenn ja, welche Ressourcen in welchem Umfang zur Verfügung gestellt werden sollten. Als Teil einer übergreifenden Außen- und Sicherheitspolitik oder einer strategisch formulierten Europapolitik lässt sich jede diesbezügliche Entscheidung hingegen sehr viel klarer, besser begründet und damit auch akzeptabler treffen. Die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik ist damit letztlich in eigenem Interesse gefordert, ihre strategische Abstinenz zu überwinden, klare Position zu beziehen und damit eine wirklich politisch relevant werdende öffentliche Diskussion über Deutschlands Rolle in Europa und der Welt zu eröffnen. Der *Review* 2014 kann hierfür nur der erste Schritt gewesen sein.

Zentrale Orientierungspunkte in einer derartigen Positionierung sollten die Menschenrechte und die Demokratie sei. Die Erfahrung lehrt uns, dass Demokratien keine Kriege untereinander führen. Der innerstaatliche Respekt vor den Menschenrechten sowie die internationale Einbindung sind wiederum zentrale Bedingungen der Demokratie. Beide zu fördern muss daher ein zentrales Anliegen Deutschlands in Europa und der Welt sein. Hierzu sind die europäische Integration ebenso die transatlantische Kooperation zentrale Bausteine. Deutschland sollte daran mitwirken, die institutionellen Strukturen in beiden Bereichen weiter auszubauen, supranationale Prinzipien zu stärken und das Zusammenwachsen der Demokratien zu befördern. Gleichfalls ist es von zentralem Interesse für Deutschland, die Rahmenbedingungen für Demokratie in der Welt zu verbessern. Die NATO sollte hierzu nicht nur als gegen Russland gerichtetes Verteidigungsbündnis, sondern als Nukleus eines Bundes der Demokratien verstanden werden. Zu den Aufgaben dieses Bundes gehört es dann auch, die Rahmenbedingungen demokratischer Entwicklung zu verbessern, den Menschenrechten zur Durchsetzung zu verhelfen und klare Position zu beziehen, wo diese gefährdet werden. Die Gelegenheit für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik, sich zu diesen zentralen Fragen in einer über die Tagespolitik hinausreichenden Weise zu äußern, sind derzeit sehr gut. In der Europäischen Union steht die Reformulierung der Europäischen Sicherheitsstrategie an, in Deutschland die eines außen- und sicherheitspolitischen Weißbuchs.

© Ifri

Quellen

A. Adebajo, K. Virk, *Peace through regional integration and multilateralism,* 2014, <http://www.review2014.de/en/external-view/article/frieden-durch-regionale-integration-und-multilateralismus.html> (eingesehen: 17. März 2015).

H. Anheier, „In der Ruhe liegt seine Kraft“, *Handelsblatt*, 12.12.2014, S. 60-61.

K. Annan, *Globalisation – Germany's* Moment, 2014, <http://www.review2014.de/en/external-view/show/article/globalisierung-eine-chance-fuer-deutschland.html> (eingesehen: 17. März 2015).

L. Arbour, *The European neighbourhood in* turmoil, 2014, <http://www.review2014.de/en/external-view/article/the-european-neighbourhood-in-turmoil.html> (eingesehen: 17. März 2015).

G. Ash, *The Federal Republic's chief challenge: Making the EU work! In the world of giants, Germany is a dwarf*, 2014, <www.review2014.de/en/pdf/external-view/show/article/the-federal-republics-chief-challenge-making-the-eu-work.html> (eingesehen: 17. März 2015).

C. Bertram, *Contribution to the panel discussion with Foreign Minister Frank-Walter Steinmeier at the closing* event *of Review 2014 – A Fresh Look at German Foreign Policy,* 15. Februar 2015.

B. Chellaney, *The Upheaval of the International Order. Strenghts and weaknesses of German foreign policy,* 2014, <www.review2014.de/en/pdf/external-view/show/article/die-internationale-ordnung-im-umbruch.html> (eingesehen: 17. März 2015).

P. Flor, *Eine Stadt lebt Friedenspolitik – Review 2014 in Osnabrück. Diskussion mit UN-Abteilungsleiterin Patricia Flor*, 2014, <http://www.review2014.de/en/blog/article/eine-stadt-lebt-friedenspolitik-review-2014-in-osnabrueck.html> (eingesehen: 17. März 2015).

Sir L. Freedman, *Germany's soft-power model was successful for long. No more*, 2014, <http://www.review2014.de/en/external-view/article/germanys-soft-power-model-was-successful-for-long-no-more-1.html> (eingesehen: 17. März 2015).

J. Gauck, *Speech to open 50th Munich Security Conference in Munich on 31 January 2014,*

© Ifri

<http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/EN/JoachimGauck/Reden/2014/140131-Munich-Security-Conference.html> (eingesehen: 31. August 2014).

F. Godement, *A strong European China policy is best for Germany*, 2014, <http://www.review2014.de/en/external-view/show/article/gut-fuer-deutschland-eine-starke-europaeische-china-politik.html> (eingesehen: 17. März 2015).

C. Grant, *A shirker: weak in strategy and too commercially-driven! Three constraints on German foreign policy*, 2014, <www.review2014.de/en/external-view/show/article/a-shirker-weak-in-strategy-and-too-commercially-driven.html> (eingesehen: 31. August 2014).

C. Grimm, „Deutsche für Schweizer Modell in der Außenpolitik“, *The Wall Street Journal*, 20.05.2014, <www.wsj.de/nachrichten/SB10001424052702304198504579573323299929660> (eingesehen: 17. März 2015).

S. Heilmann, *Germany's China policy leading in Europe*, 2014, <http://www.review2014.de/en/external-view/show/article/deutsche-chinapolitik-in-europa-fuehrend.html> (eingesehen: 17. März 2015).

J. Janning, *Germany's Foreign Ministry reinvents itself*, 2015, <http://www.ecfr.eu/article/commentary_germanys_foreign_ministry_reinvents_itself311411> (eingesehen: 18. März 2015).

M. Kerber, *A foreign policy framework for the German economy*, 2014, <http://www.review2014.de/en/external-view/article/a-foreign-policy-framework-for-the-german-economy.html> (eingesehen: 17. März 2015).

F. Keyman, *Interview with Fuat Keyman*, 2014, <http://www.review2014.de/en/media-center/show/article/interview-mit-fuat-keyman.html> (eingesehen: 17. März 2015).

Körber-Stiftung, *Involvement or restraint? Findings of a representative survey conducted by TNS Infratest Policy Research on German attitudes to foreign policy*. Berlin, 2014.

J. Krause, *Defending the European order*, 2014, <http://www.review2014.de/en/external-view/article/die-europaeische-ordnung-verteidigen.html> (eingesehen: 17. März 2015).

M.S. Loaeza, *Germany's Latin America policy: a success of soft power*, 2014, <http://www.review2014.de/en/external-view/show/article/promoting-democracy-in-latin-america/pages/2.html> (eingesehen: 17. März 2015).

K. Mahbubani, *Germany's destiny: lead Europe to lead the world. New partnerships are needed*, 2014, <http://www.review2014.de/en/external-view/show/article/deutschlands-bestimmung-europa-fuehren-um-die-welt-zu-fuehren.html> (eingesehen: 17. März 2015).

© Ifri

J. Mearsheimer, *Three musts for Germany*, 2014, <http://www.review2014.de/en/external-view/article/three-musts-for-germany-1.html> (eingesehen: 17. März 2015).

D. Moradian, *Germany: An Unsure Power in Conflicts*, 2014, <http://www.review2014.de/en/external-view/show/article/germany-an-unsure-power-in-conflicts.html> (eingesehen: 17. März 2015).

H. Müller, *Germany takes on responsibility*, 2014, <http://www.review2014.de/en/external-view/show/article/deutschland-uebernimmt-verantwortung.html> (eingesehen: 17. März 2015).

H. Müller, „Fiasko für die Abrüstung“, *Frankfurter Rundschau*, 03.03.2015, S. 10.

H. Münkler, *Interests are the priority!*, 2014, <http://www.review2014.de/en/external-view/show/article/translate-to-en-die-gefaehrliche-kluft-zwischen-schein-und-tun.html> (eingesehen: 17. März 2015).

V. Perthes, *Be better prepared!*, 2014, <http://www.review2014.de/en/external-view/show/article/fuehren-setzt-vertrauen-voraus/pages/4.html> (eingesehen: 17. März 2015).

J. Riecker, „Friedliebende Deutsche. Umfrage zur Außenpolitik“, *Neue Zürcher Zeitung*, 21.05.2014, <http://www.nzz.ch/aktuell/startseite/friedliebende-deutsche-1.18306518> (eingesehen: 17. März 2015).

M. Sattar, „Der deutsche Graben. Steinmeier und die neue Außenpolitik“, *Frankfurter Allgemeine*, 21.05.2014, <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/steinmeier-und-die-neue-aussenpolitik-der-deutsche-graben-12948699.html> (eingesehen: 17. März 2015).

D. Schwarzer, *A multi-speed Europe and a more robust Euro*, 2014, <http://www.review2014.de/en/external-view/show/article/a-multi-speed-europe-and-a-more-robust-euro.html> (eingesehen: 17. März 2015).

J. Shikwati, *The new Africa demands a new German policy approach*, 2014, <http://www.review2014.de/en/external-view/article/das-neue-afrika-fordert-eine-neue-deutsche-politik-1.html> (eingesehen: 17. März 2015).

E. Sidiropoulos, *Germany’s Africa policy is ambivalent*, 2014, <http://www.review2014.de/en/external-view/article/germanys-africa-policy-is-ambivalent.html> (eingesehen: 17. März 2015).

A. Smale, „Germany’s Foreign Minister, a Man in the Middle”, *The New York Times*, 2014, <http://www.nytimes.com/2014/11/20/world/europe/frank-walter-steinmeier-germanys-foreign-minister-a-man-in-the-middle.html> (eingesehen: 30. März 2015).

© Ifri

S. Stein, S. Tempel, *Engage more in strategic partnerships*, 2014, <http://www.review2014.de/en/external-view/article/globalisierung-gestalten.html> (eingesehen: 17. März 2015).

F.-W. Steinmeier, *Speech by Dr Frank-Walter Steinmeier, Federal Minister for Foreign Affairs, at the handover ceremony on 17 December 2013*, <http://www.auswaertiges-amt.de/EN/Infoservice/Presse/Reden/2013/131217-BM_Antrittsrede.html> (eingesehen: 31. August 2014).

F.-W. Steinmeier, *Speech by Foreign Minister Frank-Walter Steinmeier at the opening of the conference* „Review 2014 – A Fresh Look at German Foreign Policy", *in Berlin on 20 May 2014*, <http://www.auswaertiges-amt.de/EN/Infoservice/Presse/Reden/2014/140520-BM_Review2014.html> (eingesehen: 31. August 2014).

F.-W. Steinmeier, *Speech by Foreign Minister Frank Walter Steinmeier at the 50th Munich Security Conference on 01 February 2014*, <http://www.auswaertiges-amt.de/EN/Infoservice/Presse/Reden/2014/140201-BM_M%C3%BCSiKo.html> (eingesehen: 31. August 2014).

F.-W. Steinmeier, *Speech by Foreign Minister Frank-Walter Steinmeier at the closing event of* „Review 2014 – A Fresh Look at German Foreign Policy" *on 15 February 2015*, <http://www.auswaertiges-amt.de/EN/Infoservice/Presse/Reden/2015/150225-BM_Review_Abschlussveranstaltung.html> (eingesehen: 17. März 2015).

Stiftung Wissenschaft und Politik, German Marshall Fund of the United States. *New Power. New Responsibility. Elements of a German foreign and security policy for a changing word*, 2013, <http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/projekt_papiere/GermanForeignSecurityPolicy_SWP_GMF_2013.pdf> (eingesehen: 17. März 2015).

P. Swieboda, *Beyond defence of the status quo!*, 2014, <http://www.review2014.de/en/external-view/article/beyond-defence-of-the-status-quo.html> (eingesehen: 17. März 2015).

J. Techau, *Europe and the Western Alliance come first!*, 2014, <http://www.review2014.de/en/external-view/show/article/europe-and-the-western-alliance-come-first.html> (eingesehen: 17. März 2015).

J. Techau, *The Steinmeier Review of German Foreign Policy*, 2015, <http://carnegieeurope.eu/strategiceurope/?fa=59422> (eingesehen: 24. März 2015).

N. Tocci, *Engage Rising Powers - for Democracy, Human Rights and Rule of Law*, 2014, <http://www.review2014.de/en/external-view/article/einbinden-aufstrebender-maechte-fuer-demokratie-menschenrechte-und-rechtstaatlichkeit.html> (eingesehen: 17. März 2015).

© Ifri

D. Trenin, *Germany's Need for a Global Role, and how to Embrace it*, 2014, <http://www.review2014.de/en/pdf/external-view/show/article/germanys-need-for-a-global-role-and-how-to-embrace-it.html> (eingesehen: 17. März 2015).

A. Wieland-Karimi, *Enhanced German engagement in multilateral peace operations*, 2014, <http://www.review2014.de/en/external-view/article/enhanced-german-engagement-in-multilateral-peace-operations.html> (eingesehen: 17. März 2015).

M. Wolffsohn, *Popular but Without Map or Compass*, 2014, <http://www.review2014.de/en/external-view/show/article/in-der-welt-beliebt-aber-ohne-karte-und-kurs.html> (eingesehen: 17. März 2015).

Xinhua, *Majority of Germans against greater German involvement in foreign affairs: poll*, 20.05.2014, <http://news.xinhuanet.com/english/world/2014-05/20/c_126525866.html> (eingesehen: 17. März 2015).

F. Zhongping, *Interview with Prof. Feng Zhongping*, 2014, <http://www.review2014.de/en/media-center/show/article/interview-mit-feng-zhongping.html> (eingesehen: 17. März 2015).

© Ifri

Notes du Cerfa

Die Reihe „Notes du Cerfa“ erscheint seit 2003 in monatlichem Rhythmus und analysiert die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung des heutigen Deutschlands: Außen- und Innenpolitik, Wirtschaftspolitik und Gesellschaftsthemen. Die „Notes du Cerfa“ bieten kurze wissenschaftliche Analysen mit einer klaren policy-Orientierung. Die Publikation wird in elektronischer Form kostenlos an etwa 2.000 Abonnenten versandt, ebenso wie die „Visions franco-allemandes“, und ist zudem auf der Internetseite des Cerfa verfügbar, von der die Beiträge ebenfalls kostenlos heruntergeladen werden können.

Letzte Veröffentlichungen des Cerfa

F. Umbach, „Die deutsche Energiewende am Scheideweg: Globaler Energiedruck versus grüne Insel“, *Note du Cerfa*, n°122, mai 2015, siehe: <www.ifri.org/de/publications/enotes/notes-cerfa/die-deutsche-energiewende-am-scheidegeweg-globaler-energiedruck>.

M. Engler, Martin Weinmann, „ EU-Migration nach Deutschland: Aktuelle Trends “, *Note du Cerfa*, n°121, mars 2015, siehe: <www.ifri.org/de/publications/enotes/notes-cerfa/migration-nach-deutschland-aktuelle-trends-0>.

H. Adomeit, « Les relations germano-russes : entre changement de paradigme et maintien du *statu quo* », *Note du Cerfa*, n°120, février 2015, siehe: <www.ifri.org/fr/publications/enotes/notes-cerfa/relations-germano-russes-entre-changement-de-paradigme-maintien<.

P. Kauffmann, Henrik Uterwedde, « Quel *policy mix* de sortie de crise pour la zone euro ? Vers de nouvelles convergences franco-allemandes », *Vision franco-allemande*, n°25, janvier 2015, siehe: <www.ifri.org/fr/publications/enotes/visions-franco-allemandes/policy-mix-de-sortie-de-crise-zone-euro-vers-de>.

T. Koepf, « L’Allemagne à la recherche d’une stratégie de politique africaine », *Note du Cerfa*, n°119, janvier 2015, siehe: <http://www.ifri.org/fr/publications/enotes/notes-cerfa/lallemagne-recherche-dune-strategie-de-politique-africaine>.

© Ifri

Das Cerfa

Das „Comité d'études des relations franco-allemandes" (Studienkomitee für deutsch-französische Beziehungen, Cerfa) wurde 1954 durch ein Regierungsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich gegründet. Die Amtsvormundschaft des Cerfa kommt seitens Frankreich dem Ifri und seitens Deutschland der DGAP zu. Das Cerfa wird paritätisch durch das Ministère des Affaires étrangères et du Développement international und das Auswärtige Amt finanziert. Des Weiteren besteht der Verwaltungsrat aus einer gleichen Anzahl an deutschen und französischen Persönlichkeiten.

Das Cerfa setzt sich das Ziel, Prinzipien, Bedingungen und Lage der deutsch-französischen Beziehungen auf politischer, wirtschaftlicher und internationaler Ebene zu analysieren; Fragen und konkrete Probleme, die diese Beziehungen auf Regierungsebene stellen, zu definieren; Vorschläge und praktische Anregungen zu finden und vorzustellen, um die Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu vertiefen und zu harmonisieren.

Dieses Ziel wird durch regelmäßige Veranstaltungen und Seminare, die hohe Beamte, Experten und Journalisten versammeln sowie durch Studien in Bereichen gemeinsamen Interesses verwirklicht.

Prof. Dr. Hans Stark leitet das Generalsekretariat des Cerfa seit 1991. Dr. Barbara Kunz ist wissenschaftliche Mitarbeiterin. Nele Wissmann ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und für das Projekt „Deutsch-französischer Zukunftsdialog" zuständig. Lea Metke ist Projektbeauftragte im Cerfa.

© Ifri